

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
173 · Ausgabe CH · Dezember 2017
AZB 3001 Bern



**JETZT
UNTER-
SCHREIBEN:
99%-
INITIATIVE**
Bogen in der
Heftmitte

Schiefe Verteilung

Im Advent debattieren die eidgenössischen Räte das Bundesbudget. Dank einer starken Lobby erhält die Armee von Jahr zu Jahr mehr Geld, während die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit stagnieren. Diese Verteilung ist schlecht für den Kampf gegen Armut und für mehr Rechtsstaatlichkeit. Und sie macht glauben, die Gefahren von heute und morgen liessen sich an der Landesgrenze abhalten. Seiten 4 und 5

99%-INITIATIVE

Die Initiative der JUSO will, dass die Konfliktlinien dort gezogen werden, wo sie hingehören: zwischen oben und unten. Konkret fordert sie eine stärkere Besteuerung von Kapitaleinkommen. Seite 8

«DOOR KNOCKING»

Die Stadtzürcher SP leistet in ihrem Wahlkampf Pionierarbeit: Ihre Mitglieder gehen von Tür zu Tür und fragen die Leute, was sie beschäftigt und was sie sich für die Stadt Zürich wünschen. Seite 16

Liebe Genossinnen und Genossen
Liebe Sympathisantinnen und Sympathisanten



Während wir dieses Heft produzieren, debattiert das Parlament wenige hundert Meter westlich von uns das Bundesbudget 2018. Das heisst: Es diskutiert, bei welchen Posten des 70-Milliarden-Budgets wie viel gespart werden soll. Unter dem Vorwand, es brauche Spielraum für die Steuervorlage 17 oder die Armee, hat es die SVP einmal mehr auf Bildung und Forschung, Migration, die Teuerung oder die Entwicklungszusammenarbeit abge-

sehen. Doch bleibt sie diesmal weitgehend erfolglos, wie die Übersicht von Nationalrat Philipp Hadorn zeigt.

Erfolge feiern die oben genannten Kreise dafür beim Armeebudget, und das seit Jahren. Es wächst und wächst. Gleichzeitig stagnieren die Mittel für Friedensförderung, Konfliktverhütung und internationale Sicherheitszusammenarbeit, wie aus der Gegenüberstellung von Peter Hug herauszulesen ist. Unsere Sicherheit endet jedoch nicht an den Landesgrenzen. Nicht der ausgewachsene vaterländische Krieg, sondern sogenannte hybride Konfliktformen wie Cyber, fehlende Entwicklungsperspektiven und Rechtsstaatlichkeit sowie ein neuer Ost-West-Konflikt fordern unsere Sicherheit heraus. Um fast so viel wie das Bundesbudget, nämlich um 60 Milliarden, konnten die Reichsten hierzulande im letzten Jahr ihr Vermögen vergrössern. Und zwar nur deshalb, weil sie bereits grosse Vermögen haben. Die JUSO geht nun mit ihrer 99%-Initiative in die Offensive und fordert eine stärkere Besteuerung des obersten 1 Prozents in unserem Land. Konkret will die 99%-Initiative Kapitaleinkommen, also etwa Zinsen und Dividenden, ab einem Freibetrag von 100 000 Franken anderthalb Mal so stark besteuern wie Arbeitseinkommen, also Lohn. Diesem Heft liegt ein Unterschriftenbogen bei – bitte unterschreiben und zurückschicken!

In die Offensive geht auch die Stadtzürcher SP in ihrem Wahlkampf: Beim sogenannten Door Knocking gehen SP-Mitglieder von Tür zu Tür und fragen die Leute, was sie sich für Zürich wünschen. Auch wenn das beim ersten Mal etwas Überwindung braucht – die Leute freuen sich, dass jemand sie um ihre Meinung fragt, denn sie haben etwas zu sagen. Während andere Parteien also das Land zuplatizieren, reden wir mit den Leuten. Oder um es mit dem altbekannten, aber immer noch gültigen Spruch zu sagen: Ihr habt die Millionen, wir haben die Menschen!

Andrea Bauer, Chefredaktorin «links»

INHALT

- 2–3 **Aktuell**
- 4–5 **Budget I: Schiefe Verteilung der Mittel für Sicherheit**
von Peter Hug
- 6 **Budget II: Die Budgetdebatte 2017 in der Übersicht**
von Philipp Hadorn
- 7 **No Billag: Die Initiative ist brandgefährlich**
von Edith Graf-Litscher
- 8 **JUSO-Initiative: Wir sind die 99 Prozent!**
von Tamara Funicello
- 9–12 **Kantonale Seiten**
- 13 **Atomwaffenverbot: Die Schweiz ist dabei – auch dank der SP**
von Angelo Barrile
- 14 **Veranstaltung: Wie chancengerecht ist unser Bildungssystem?**
- 15 **Wirtschaftskonzept: Wir sind die Wirtschaft**
von Beat Jans
- 16 **Door Knocking: Pionierarbeit in Zürich**
von Oliver Heimgartner
- 17 **Bildergalerie: 100 Jahre SP Frauen***
- 18–19 **Agenda**

Wechsel im SP-Generalsekretariat

Leyla Gül und **Flavia Wasserfallen**, die beiden Co-Generalsekretärinnen der SP Schweiz, treten per Ende Februar 2018 von ihrem Amt zurück. Sie leiten das Generalsekretariat der SP Schweiz seit Oktober 2012 gemeinsam und haben die SP durch die Wahlen 2015 sowie durch 18 Abstimmungs-sonntage, 13 Delegiertenversammlungen und 3 Parteitage geführt. Für die Nachfolge der jetzigen Co-Generalsekretärinnen schlägt das Präsidium der SP Schweiz **Rebekka Wyler** und **Michael Sorg** vor.



Rebekka Wyler ist in Zürich aufgewachsen und lebt heute im Kanton Uri. Sie war zehn Jahre Mitglied des Zürcher Stadtparlaments und vertritt heute die SP im Gemeinderat von Erstfeld. Die 39-jährige ist ausgebildete Historikerin und arbeitet seit 2003 in verschiedenen Funktionen im Bereich Records Management und Archiv. Michael Sorg arbeitet bereits seit 2013 als Mediensprecher für die SP Schweiz. Zuvor hat der 37-jährige gebürtige Schaffhauser in Bern Geschichte und Politikwissenschaften studiert und war während fünf Jahren in der Privatwirtschaft im Bereich Kommunikation und Marketing tätig. Der Vorschlag des Präsidiums muss noch von der Geschäftsleitung und der Delegiertenversammlung der SP Schweiz bestätigt werden.

«Paradise Papers»: SP reicht Vorstosspaket ein

Die SP-Fraktion hat im Zuge der «Paradise Papers» ein Paket von über 20 Vorstössen eingereicht. Im Zentrum stehen der Kampf gegen Korruption, Steuerbetrug und Kapi-



talabfluss. Die Fraktion will die bürgerlichen Parteien damit zwingen, zu der Verantwortung zu stehen, die die Schweiz als Finanz-

platz und Drehscheibe bei vielen Geschäften hat. Der Fokus liegt auf folgenden Themen: Schwarze Liste der Steueroasen: Die Schweiz soll die schwarze Liste der EU über die nicht kooperativen Steuergebiete übernehmen und bei Bedarf ergänzen.

Regulierung von Offshore-Geschäften: Die SP fordert eine Meldepflicht für das Aufsetzen von Offshore-Strukturen sowie ein Transparenz-Register. Intransparente Deals über Offshore-Finanzplätze sollen verboten werden.

Beihilfe zur Steuerhinterziehung auch im Ausland ahnden: Steuerbetrug und -hinterziehung sind gerade für arme Länder ein existenzielles Problem, an dem Schweizer Banken und Konzerne zu oft beteiligt sind. Darum soll Beihilfe zur Steuerhinterziehung auch strafbar sein, wenn sie im Ausland verübt wird. Beihilfe zur Korruption im Ausland unter Strafe stellen: Gleiches wie für die Steuerhinterziehung gilt für Korruption. Die Schweiz muss Beihilfe zu Korruption auch im Ausland ahnden und bekämpfen, wie es etwa das Vereinigte Königreich oder die USA bereits tun.

Steuervorlage 17: Fehler der USR III nicht wiederholen

Der Bundesrat und die bürgerlichen Parteien sind auf dem besten Weg, mit der Steuervorlage 17 (SV 17) die Fehler der gescheiterten Unternehmenssteuerreform III (USR III) zu wiederholen: Zu viele Ausnahmen, zu hohe Ausfälle, zu tiefe Gegenfinanzierung und



Anheizung der interkantonalen Steuerkonkurrenz. Die SP fordert in ihrer Vernehmlassungsantwort einen Verzicht auf unnötige Instrumente, eine Erhöhung der Dividendenbesteuerung und der Familienzulagen, eine Eindämmung des Steuerwettbewerbs sowie die überfällige Korrektur der USR II. Den Hauptzweck der SV 17, nämlich die Abschaffung der nicht mehr akzeptierten Steuerprivilegien für Statusgesellschaften, begrüsst die SP nach wie vor. Neue undurchsichtige Instrumente wie übertriebene Steuerabzüge für Forschung, «Step Up bei Zuzug» oder die zinsbereinigte Gewinnsteuer, welche die Bemessungsgrundlage angreifen, haben in der SV 17 jedoch keinen Platz. Entscheidend für das Gelingen der SV 17 wird jedoch die Gegenfinanzierung sein. Dafür gibt es zwei Hebel: Unverzichtbar für die SP ist die Erhöhung der Dividendenbesteuerung

auf mindestens 80 % auf Kantonsebene und auf 100 % auf Bundesebene. Ausserdem fordert die SP eine Erhöhung der Mindestvorgaben für Familienzulagen um wenigstens 50 Franken.

Löhne bei Staatsunternehmen begrenzen

Die Chefs von SBB, Post oder Ruag sollen nicht mehr verdienen als ein Bundesrat. Dieser alten SP-Forderung hat am zweit-letzten Tag der Session eine Mehrheit des Nationalrats zugestimmt. Bei allen Unternehmen, bei welchen der Bund Haupteigner



oder Mehrheitsaktionär ist, wird der höchste Lohn auf 500 000 Franken pro Jahr begrenzt. Nationalrat Corrado Pardini hat die Motion zur Begrenzung der Kaderlöhne im Nachgang zur im Juni 2016 abgelehnten Service-public-Initiative eingereicht. Die Motion knüpft an eine Parlamentarische Initiative von Susanne Leutenegger Oberholzer an, die der Nationalrat bereits im September mit grossem Mehr angenommen hat. Nun ist es am Ständerat, diese Entscheide für vernünftige Löhne in Bundesunternehmen mitzutragen.

Ständerat will Rechtsstaat schwächen

Der Ständerat hat in der Dezembersession eine markante Schwächung des Rechtsstaats beschlossen: Künftig sollen private Versicherungsdetektive Überwachungsmittel verwenden dürfen, die weit über das hinausgehen, was Strafverfolgungsbehörden und Nachrichtendienst erlaubt ist. Konkret heisst das: Wer AHV, IV oder Arbeitslosengeld bezieht, soll weniger Schutz vor ungerechtfertigter Überwachung haben als Kriminelle und Terrorverdächtige. Versicherungsdetektive dürften demnach bis in private Wohnräume schnüffeln oder GPS-Tracker einsetzen und bräuchten für viele Observierungsmassnahmen nicht einmal eine richterliche Genehmigung. Hunderttausende von Bürgerinnen und Bürgern, die eine staatliche Versicherungsleistung beziehen, würden so unter Generalverdacht gestellt und zu viele unbescholtene Personen in ihrer Privatsphäre verletzt. Die SP wird diese Schwächung des Rechtsstaats und diese Verletzung des Verhältnismässigkeitsprinzips mit allen Mitteln bekämpfen.

Schiefe Verteilung der Mittel Sicherheitspolitik

DIE AUSGABEN FÜR DIE MILITÄRISCHE ABWEHR AN DER LANDESGRENZE STEIGEN ZWISCHEN 2014 UND 2021 UM MEHR ALS 1 MILLIARDE FRANKEN AN. GLEICHZEITIG STAGNIEREN DIE MITTEL, DIE FÜR FRIEDENSFÖRDERUNG, KONFLIKTVERHÜTUNG UND INTERNATIONALE SICHERHEITZUSAMMENARBEIT ZUR VERFÜGUNG STEHEN.

Hartnäckig hält sich in der Öffentlichkeit die Meinung, die Armee erbringe einen überdurchschnittlichen Sparbeitrag. Die Zahlen sprechen freilich eine ganz andere Sprache. Die Armeeausgaben sind seit 2014 um eine halbe Milliarde Franken gestiegen. Bis 2021 werden sie gar 1,1 Milliarden höher liegen als 2014. Sie schlagen dann mit 5,26 Milliarden Franken zu Buche. Das ist eine Viertelmilliarde mehr, als das Parlament in seinem berühmten 5-Milliarden-Beschluss vorgab. Kaum ein anderer Bereich weist ein derart hohes Wachstum auf wie die Armee. Und dieses Wachstum dürfte munter weitergehen, falls die anstehenden Beschaffungen für Kampfflugzeuge und weiteres Grossgerät tatsächlich so rasch getätigt werden wie im Moment vom Bundesrat angedacht.

Eine gegenläufige Tendenz zeichnet sich demgegenüber bei der Internationalen Zusammenarbeit ab. Die Süd- und Osthilfe des Bundes erreichte 2015 mit 2,83 Milliarden



Peter Hug ist Internationaler Sekretär und politischer Fachsekretär der SP-Fraktion für Aussen-, Friedens- und Sicherheitspolitik

Franken einen Höhepunkt. Bis dahin setzte der Bundesrat schrittweise den Parlamentsbeschluss um, einen 0,5%-Anteil am Bruttonationaleinkommen BNE der öffentlichen Entwicklungshilfe zukommen zu lassen.

Seither lässt der Bundesrat wissen, dieses Ziel sei «vorübergehend» nicht mehr finanzierbar. Schon kurz nach Genehmigung der Botschaft über internationale Zusammenarbeit im Sommer 2016 kürzte er die entsprechenden Entwicklungskredite um mehr als eine halbe Milliarde Franken. Laut Finanzplan wird die Süd- und Osthilfe bis 2021 nicht mehr den Stand von 2015 erreichen. Und sogar diese Finanzplanzahlen sind unter Druck. Im Zuge der sogenannten «strukturellen Reformen» drohen bei der Internationalen Zusammenarbeit weitere Kürzungen in der Höhe von jährlich 200 Millionen Franken. Wichtigster Grund: Andernfalls wäre unter dem Dach der Schuldenbremse die markante Steigerung bei der Armee nicht zu finanzieren.

Schutz und Sicherheit ja – aber wie?

Die rechtsbürgerliche Mehrheit im Parlament begründet diese schiefen Prioritäten mit dem Argument, die Sicherheit der Menschen in der Schweiz ertrage keine Halbheiten. Die Unsicherheit nehme weltweit zu. Beim Schutz der Menschen, unserer demokratischen Errungenschaften und unserer Infrastrukturen dürfe nicht gespart werden.

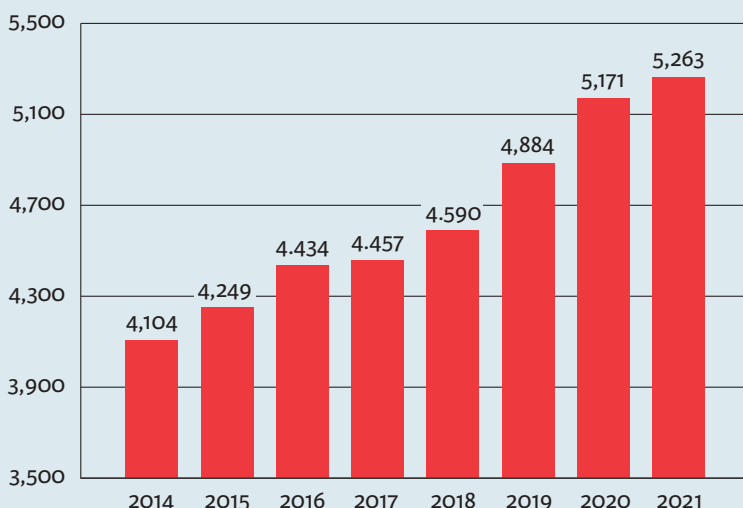
Dagegen ist wenig einzuwenden. Schutz und Sicherheit sind ein sehr hohes Gut. Sicherheit bildet die Grundlage von Lebensqualität. Ohne Sicherheit gibt es keine Berechenbarkeit und Verlässlichkeit. Die Frage ist bloss, wie wir am wirksamsten für Sicherheit sorgen. Denn die meisten Gefahren von heute und morgen lassen sich nicht mit Panzern und Kanonen an der Grenze abhalten. Dieses Versprechen der Rechtsnationalisten ist nichts als eine gefährliche Illusion.

Nicht der ausgewachsene vaterländische Krieg, sondern hybride Konfliktformen wie Cyber, fehlende Entwicklungsperspektiven und Rechtsstaatlichkeit in manchen Staaten an den Rändern Europas, in Afrika und dem Nahen und Mittleren Osten sowie ein neuer Ost-West-

Unsere Sicherheit lässt sich nur noch erhöhen, wenn wir jenseits der Landesgrenze aktiv werden.

Quelle: Staatsrechnungen 2014–2016; Voranschlag 2017+2018; Finanzplan 2019–2021, Bundesrat 23. August 2017. Die hier abgebildeten Kredite entsprechen rund 85 % der bei der OECD als «öffentliche Entwicklungshilfe» (APD) anrechenbaren Ausgaben.

Ausgaben der Armee, 2014–2021 in Mrd. Franken





Leyla Gül,
Co-General-
sekretärin der
SP Schweiz

Erinnern

Nächstes Jahr ist Landesstreik-Jubiläum.

Als Geburtsstunde der sozialen Schweiz können wichtige Errungenschaften wie die AHV, Gesamtarbeitsverträge oder die Einführung einer Erwerbsersatzordnung nur vor dem Hintergrund des Landesstreiks gesehen werden. Errungenschaften, die dank den 250 000 Menschen erreicht wurden, die 1918 den Mut hatten, die Arbeit niederzulegen und für diese Forderungen und ihre Idee einer gerechten und sozialen Gesellschaft einzustehen. Sie hatten Angst, und viele von ihnen hatten Hunger. Sie haben es trotzdem getan.

2018 wird vieles passieren. Anlässe, Publikationen, Tagungen, Forschungsprojekte, Ausstellungen, Podien, ein Kunstprojekt und ein Dokfilm sind geplant. Es wird aber auch viel Kritik geben. Die Linke feiere sich selbst. Die Linke feiere eine Niederlage. Kurzum: Es wird viel Unsinn geschrieben werden. Da werden wir drüberstehen müssen. Und wir werden den Landesstreik trotzdem zum Thema machen. Unbestritten war der Landesstreik eine der schwersten innenpolitischen Krisen des Bundesstaats; er erinnert an das Bild einer zerstrittenen Schweiz am Rande des Bürgerkriegs. Umso wichtiger ist es, dass wir uns auch an seine positiven Folgen erinnern. Allein schon aus dem Grund, da ohne Erinnerungen weder die Gesellschaft noch gute Politik funktionieren. «Ein Land braucht Erinnerung, so, wie jeder Einzelne Erinnerung braucht. Wenn ich nicht weiss, wo ich herkomme, weiss ich nicht, wer ich bin», schreibt Peter von Matt. Und spätestens seit der AHV-Abstimmung ist klar, dass es die Erinnerung auch braucht, um das Wissen über den Wert einer Errungenschaft zu festigen. Menschenrechte, Sozial- und Rechtsstaat, ja selbst die Demokratie müssen immer wieder erklärt werden. Nichts davon ist eine Selbstverständlichkeit, nichts davon währt ewig, wenn die Abstimmung gewonnen, die Errungenschaft etabliert ist. Es braucht die Erinnerung und das Wissen darüber, was passiert, wenn die Errungenschaft nicht mehr da ist. Sich erinnern heisst deshalb immer auch für das kämpfen, was uns wichtig ist. Der Landesstreik wird deshalb nicht nur die Geschichte der Geburtsstunde der sozialen Schweiz erzählen, sondern auch diejenige über die Herausforderungen von heute.

in der

Konflikt fordern unsere Sicherheit heraus. Die Schweiz ist international derart intensiv verflochten, dass die Landesgrenzen kaum mehr Schutz vor diesen modernen Risiken bieten. Vielmehr lässt sich unsere Sicherheit nur noch erhöhen, wenn wir jenseits der Landesgrenze aktiv werden.

Die Erfolge der kollektiven Sicherheit

Der Werkzeugkasten des UNO-Systems der kollektiven Sicherheit ist dabei weit wirksamer, als dies der abwertende Diskurs der Rechtspopulisten, Neoliberalen und Linkspopulisten nahelegt. Die Anzahl von Demokratien unter den Entwicklungsländern hat sich seit den 1980er-Jahren verdreifacht, während die Zahl von Menschen, die bei bewaffneten Konflikten getötet werden, um 75 Prozent gesunken ist. All diese Erfolge sind ohne das Handeln der UNO und ihrer Sonderorganisationen – und damit die internationale Zusammenarbeit der Staaten – nicht denkbar.

Wer in die Sicherheit der Schweiz investieren will, ist deshalb gut beraten, die internationale Zusammenarbeit noch konsequenter als bisher

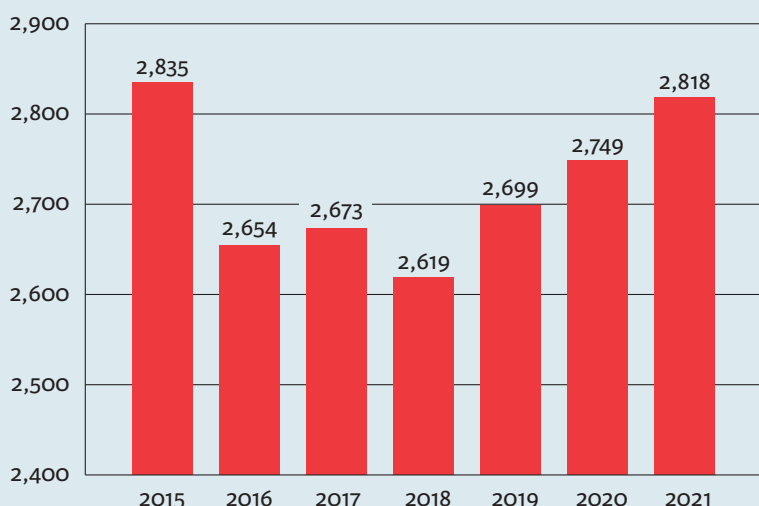
auf fragile Kontexte auszurichten, konkrete Beiträge zur Eindämmung und Lösung von Konflikten zu leisten, der Gewalt entgegenzuwirken und die strukturellen Ursachen von Konflikt und Gewalt anzugehen.

Mehr Einsatz für Friedensförderung

Heute fliesst nur rund 1 Prozent der Armeeausgaben in die Friedensförderung. Das ist viel zu wenig. Friedensoperationen, Reformen und demokratische Kontrolle des Sicherheitssektors sowie die Beseitigung von explosiven Kriegsrückständen erfordern militärisches Spezialwissen, zu dem die Schweizer Armee weit mehr beitragen muss als bisher.

Auch die Internationale Zusammenarbeit muss konsequenter als bisher an fragilen Kontexten ausgerichtet werden. Nur wenn es gelingt, die Gewalt konkret zu vermindern und die Rechtsstaatlichkeit zu erhöhen, wird die Welt sicherer – und kann auch die Armutsbekämpfung greifen. Bei alledem geht es um weit mehr als um Solidarität. Es geht auch um unsere Sicherheit.

Entwicklungszusammenarbeit Süd- und Ostländer, 2015–2021 in Mrd. Franken





Staatsabbauer laufen auf

WÄHREND DER POST DIE ROTE KARTE ZUR SCHLIESSUNG VON POSTSTELLEN GEZEIGT WIRD UND SICH EINE BREITE KOALITION FÜR DIE SRG EINSETZT, FINDEN SICH REAKTIONÄRE, DIE NOCH IMMER DEN STAAT KAPUTTSPAREN WOLLEN. DOCH DIE «AESCHI-CREW» DER SVP HAT IN DER AKTUELLEN BUDGETDEBATTE KEINE MEHRHEITEN GEFUNDEN.

Seit unserem Sieg gegen die unselige Steuerreform (USR III) versucht der Bundesrat neue Tatsachen zu schaffen. Anstatt die Budgetierung 2018 zur Erfüllung der gesetzlichen Bundesaufgaben ordentlich einzuleiten, lieferte er ein Korsett zur Selbstbeschränkung mit. Besonders im Visier: Internationale Zusammenarbeit und Entwicklungshilfe, Bildung und Forschung, Migration sowie die Teuerung. Um über 960 Millionen Franken sollte die Bundeskasse «entlastet» werden. Bei Einnahmen und Ausgaben von gut 70 Milliarden mag dies als tragbar erscheinen. Schauen wir aber, welche Positionen überhaupt beeinflusst werden können, offenbaren sich die fatalen Folgen: Die sogenannten ungebundenen Ausgaben trifft es umso härter. Eine Übersicht:

Personalstopp: Während KMU sich über Entwicklung und Ausbau freuen, schreien deren Vertreter auf, wenn der Staat mit wachsender Bevölkerung auch seinen Leistungsapparat anpasst. Mit einem Personaldeckel, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Kürzungen im Personalbereich versuchten Rechtsbürgerliche die Funktionsfähigkeit des Staates zu untergraben. Zum Glück weitgehend erfolglos.

Leistungsabbau: Unter Beschuss stand auch der Umweltbereich. Massnahmen zur Umsetzung der Energiestrategie, für Biodiversität und Gewässerschutz sollten beschnitten werden. Der SVP wurde auch hier die Gefolgschaft verweigert.

Konsumentenschutz und Kultur: Peinlich muten Kürzungsanträge für

einzelne kulturelle Institutionen an. Den Gipfel stellte wohl das Ansinnen dar, einen Beitrag von 470 000 Franken an die Stiftung für Konsumentenschutz zu streichen. Zynisch die Begründung: Es seien ja alle Konsumentinnen oder Konsumenten, weshalb der eigene Schutz sehr wohl exklusiv durch Mitgliederbeiträge gedeckt werden könne.

Schonung der eigenen Klientel: Dreist erscheinen die Ausnahmeregelungen der «Obersparer». Gegen 100 Millionen mehr für die Landwirtschaft werden verlangt. Klientel-Befriedigung droht dem Gemeinwohl-Anspruch den Platz zu rauben.

Der «Nordmann-Aeschi-Coup» mit der AHV-Rücklage ist kläglich gescheitert: Weder der Bahninfrastrukturfonds BIF noch die AHV erhalten nun frei gewordene Mittel. Die Schuldenabbauer frohlocken. Den Tatbeweis für eine Sicherung der Altersrenten bleibt das Parlament schuldig.

Bekämpfung der Armut

Arbeitslosigkeit, zerbrochene Familien, Krankheit oder bescheidene Renten können auch in unserem Land zu Armut führen. Working Poor, Menschen also, die Vollzeit arbeiten und trotzdem den eigenen Lebensunterhalt nicht bestreiten können, gibt es auch in unserem Land. Fehlende Mindestlöhne, aber auch noch immer ausstehende Lohnungleichheit sind Gründe dafür. Selbst im Gleichstellungsbereich wurden Kürzungsangriffe gewagt.

Weder beginnt noch endet Armut an unseren Landesgrenzen. Ihre Be-



Philipp Hadorn ist Nationalrat SO

kämpfung rund um den Globus verlangt unser Engagement: aus Verantwortungsgefühl des eigenen Mitverschuldens, aus Solidarität und auch zum eigenen Nutzen. Die Kohäsionsmilliarde ist ein exemplarisches Beispiel: Entwicklung zu ermöglichen hilft bei der Bekämpfung von Armut und eröffnet Anbietern wie auch Konsumentinnen und Konsumenten die Möglichkeit, sich am Markt zu beteiligen.

Investitionen statt Schuldenabbau

Sparrücklagen kosten heute. Anstatt Negativzinsen zu zahlen, fordern wir Investitionen. Ein Fonds könnte antizyklisch zur Sicherung der Wirtschaftskraft, für einen vorgezogenen Ausbau der Infrastruktur und Stabilität auf dem Arbeitsmarkt dienlich sein.

Stolz sind wir auf Schweizer Qualität. Dies betrifft auch die Verwaltung. Internationale Konzerne wie auch KMU und natürliche Personen bauen darauf, dass öffentliche Leistungen zu einem fairen Preis in hervorragender Qualität erbracht werden. Dieses Erfolgsmodell darf nicht gefährdet werden.

Solidarität mit Mehrwert

Solidarität ist eine Tradition – der SP, aber auch der ganzen Schweiz. Schlimmeres konnte im Budgetprozess 2018 erfolgreich verhindert werden. Solidarität beginnt im Kleinen. Eine verantwortungsvolle Grossmütigkeit schafft Spielraum, Kreativität und gibt Optionen – vielleicht ist dies eine Weihnachtsbotschaft, die auch über die kommenden Festtage hinaus gelebt werden kann. Fremde klopfen an, auch privat, und geben die Chance, Anteilnahme am Leben zu schenken und zu erfahren.

No Billag ist brandgefährlich

DIE NO-BILLAG-INITIATIVE, ÜBER DIE IM NÄCHSTEN MÄRZ ABGESTIMMT WIRD, BEDROHT DIE SRG UND 34 REGIONALE PRIVATSENDER. WIRD SIE ANGENOMMEN, HEISST ES LICHTERLÖSCHEN. EINEN PLAN B GIBT ES NICHT.

Selten hat eine Initiative schon so viele Monate vor der Abstimmung derart viel zu reden gegeben. Die Initianten verlangen die Abschaffung der öffentlichen Finanzierung aller SRG-Angebote und der 34 regionalen Radio- und Fernsehstationen mit Gebührenanteil. Damit zielen sie auf die Sender, die täglich – regional, national und in allen vier Landessprachen – kritisch und unabhängig über Politik, gesellschaftliche Themen, Kultur, Wirtschaft und Sport berichten.

No Billag bedeutet Lichterlöschen

Das Angebot der SRG finanziert sich zu 75 Prozent über die Empfangsgebühren. Bei Annahme der Initiative würden diese Mittel vollständig wegfallen. No Billag bedeutet somit: kein «Echo der Zeit» mehr, kein «Infrarouge», kein «Minisguard», kein Lauberhornrennen, keinen «Quotidiano» und keinen «Bestatter». Aber es geht nicht nur um die SRG. Auch 13 Regionalfernsehen und 21 Regionalradios erhalten Gebührenanteile. Die Empfangsgebühren machen jeweils bis zu 70 Prozent der Gesamteinnahmen dieser Sender aus. «Canal9», «Teleticino» oder «Tele Top»

als Beispiele wären ebenfalls in ihrer Existenz bedroht. Wird die Initiative angenommen, gibt es keinen Plan B. No Billag bedeutet Lichterlöschen – und zwar für alle SRG-Sender wie auch für die 34 Privaten mit Gebührenanteil. Ein Ja zu No Billag hätte eine mediale Wüste zur Folge.

No Billag schafft eine Zweiklassengesellschaft

Die Befürworter behaupten, der Markt würde den Kahlschlag in der Schweizer Medienlandschaft abfedern. Die Initianten machen aber mehrere Denkfehler. Nur ein Fünftel der Vollkosten beim Fernsehen kann durch Werbeeinnahmen gedeckt werden. Zudem sind die Werbeeinnahmen bereits heute rückläufig. Würde die Initiative angenommen, so würden diese Einnahmen ohne attraktive Kanäle mit guten Zuschauerquoten also noch mehr schrumpfen. Zwangsläufig würde beispielsweise der Sport ins Bezahlfernsehen abwandern. Das «Pay-TV» führt jedoch zu einer Zweiklassengesellschaft: Während sich die einen problemlos unterschiedliche Abos für unterschiedliche Interessen teuer zusammenkaufen können, wer-

den die anderen leer ausgehen, da sie sich den Griff ins Portemonnaie nicht leisten können.

No Billag bedroht die vierte Gewalt

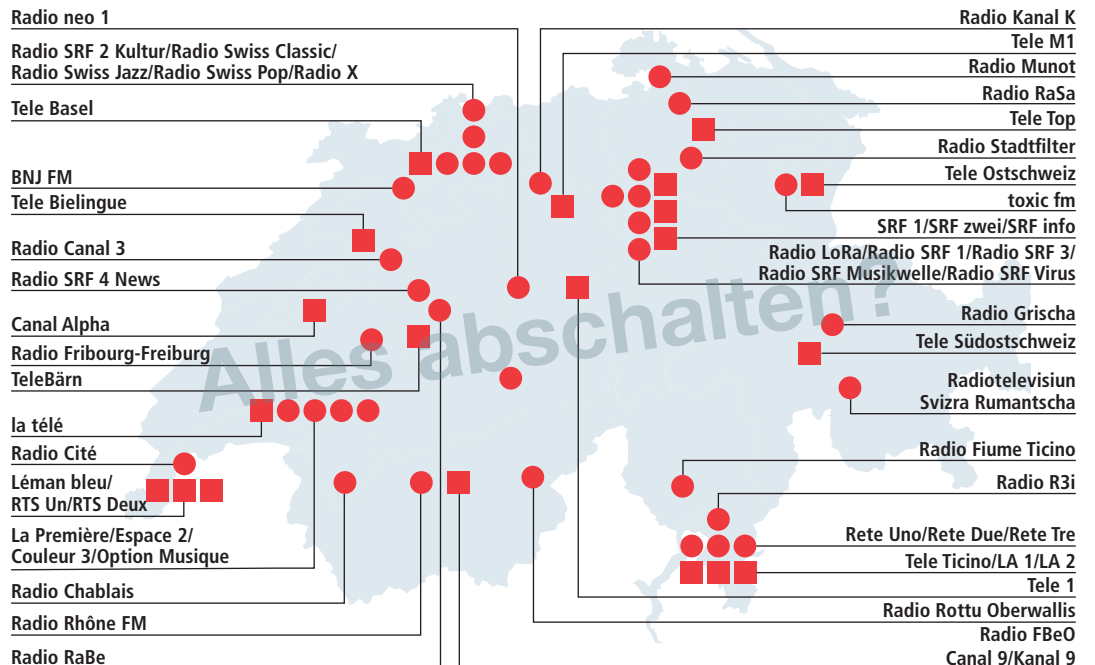
Die Initiative ist auch ein Frontalangriff auf die vierte Gewalt in unserem Land. Nur dank Gebührenfinanzierung wird ein Service public ermöglicht, der unabhängig von Parteipolitik und Wirtschaft gestaltet wird. Keine Parlamentarierin und kein Parlamentarier kann sich als Programmdirektorin oder Programmdirektor aufspielen oder kritische Berichterstattung mit Sparmassnahmen abstrafen, kein reicher Financier kann einen SRG-Sender aufkaufen oder mit einem Werbeboykott eine Redaktion unter Druck setzen. Die gebührenfinanzierten Programme sind verpflichtet, das gesellschaftliche Leben sachgerecht, ausgewogen und vielfältig abzubilden, dazu gehören etwa Nachrichtensendungen mit Hintergrundinformationen. Sie sind somit ein wichtiger Bestandteil unserer direkten Demokratie.

Damit wir weiterhin auf einen Service public für alle statt für wenige zählen können, müssen wir so viele Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wie möglich gegen diese für unsere Gesellschaft und für die direkte Demokratie brandgefährliche Initiative mobilisieren.



Edith Graf-Litscher ist Nationalrätin TG

Mit den Radio- und Fernsehgebühren werden nicht nur die Programme der SRG finanziert, sondern auch 13 regionale Fernsehsender und 21 Lokalradios in der ganzen Schweiz. Sie alle stehen bei einem Ja vor dem Aus. «No Billag» heisst deshalb nicht nur «No SRG», sondern generell «No Schweizer Fernsehen und Radio».



Wir sind die 99 Prozent

ES GIBT MENSCHEN, DIE FÜR IHR GELD ARBEITEN. UND DANN GIBT ES MENSCHEN, DIE ANDERE DAFÜR ARBEITEN LASSEN – EINFACH WEIL SIE BEREITS GELD HABEN. LETZTERE WILL DIE 99%-INITIATIVE ZUR KASSE BITTEN.

Der Wohlstand der Schweiz beruht auf der bezahlten und unbezahlten Arbeit von Millionen Menschen. Gemeinsam sorgen wir dafür, dass Betagte betreut und Kinder grossgezogen werden, dass Schokolade produziert wird und Züge pünktlich abfahren. Doch die Früchte dieser Arbeit werden unglaublich ungleich verteilt.

So gibt es zum Beispiel für viele Angestellte 2018 erneut eine Nullrunde bei den Löhnen und dies, obwohl es unserer Wirtschaft eigentlich gut geht und wir immer wie produktiver werden.

Gleichzeitig sind die 300 reichsten Menschen in diesem Land 2017 um 60 Milliarden reicher geworden. 60 Milliarden – das ist beinahe so viel wie das Bundesbudget. Und dies in Zeiten, in denen im Kanton Luzern Menschen, die an der Armutsgrenze leben, die Prämienverbilligungen zurückzahlen müssen. In Zeiten, in denen Fächer dezimiert, Lehrerinnen und Lehrer entlassen und Schulen geschlossen werden. In Zeiten, in denen das Gesundheits-



Tamara Funicello ist Präsidentin der JUSO Schweiz

Jetzt die 99%-Initiative unterschreiben (Karte in der Heftmitte)!

wesen unter dem Spardiktat der Bürgerlichen zusammenzubrechen droht. In Zeiten, in denen wir uns nun seit Jahren über eine minimale Erhöhung der AHV die Köpfe einschlagen.

Keine echte Demokratie

Die Reichen immer reicher – die Armen immer zahlreicher. Dies hat mit einer demokratischen, solidarischen Gesellschaft herzlich wenig zu tun. Und dennoch ist der Widerstand gegen solche Entwicklungen verhältnismässig klein.

Doch wie könnte es anders sein in einer Gesellschaft, in der Kapital Macht bedeutet? Der Besitz von Kapital gibt Menschen Macht über andere Menschen. Wer Geld hat, wer Grossunternehmen und Boden besitzt, entscheidet. Er entscheidet, wer Jobs bekommt und wer nicht. Er entscheidet, zu welchen Bedingungen diese Jobs vergeben werden, wie hoch der Lohn ist. Ob diese Jobs hier angeboten werden oder in China. Er entscheidet, wie hoch die Mieten sind in den Wohnungen, die auf seinem Boden gebaut wurden. In einem solchen System kann es keine Demokratie geben. In einem solchen System kann es auch keine echte Freiheit geben, denn wer kann unter solchen

Umständen auch wirklich frei entscheiden?

Das System ändern

Dieses System gilt es zu ändern. Wir müssen aus der Geiselhaft des Kapitals ausbrechen. Die Frage ist nur: Wie? Ich bin überzeugt, dass wir die Umstände klar benennen müssen. Wir müssen sagen, was ist, und wir müssen in die Offensive gehen.

Die 99%-Initiative macht einen Schritt genau in diese Richtung. Sie zieht die Konfliktlinien in der Gesellschaft dort, wo sie hingehören: nicht zwischen Menschen mit unterschiedlichem Pass, sondern zwischen oben und unten.

Denn sie macht klar: Es gibt Menschen, die für ihr Geld arbeiten. Und dann gibt es Menschen, die andere dafür arbeiten lassen. Einfach weil sie bereits Geld haben. Und Letztere werden steuerlich auch noch massiv entlastet.

Diesen Privilegien, die zum Teil mit der USR II eingeführt wurden, wollen wir ein Ende bereiten.

Kapitaleinkommen stärker besteuern

Die 99%-Initiative will das reichste Prozent in diesem Land, das Prozent, das reicher und reicher wird, ohne einen Finger zu krümmen, das von der Arbeit anderer lebt, zur Kasse bitten.

Und zwar wollen wir konkret, dass Kapitaleinkommen, also zum Beispiel Zinsen und Dividenden, ab einem Freibetrag von 100 000 Franken, anderthalb Mal so stark besteuert werden wie Arbeitseinkommen, also Lohn.

Wieso wollen wir das Kapitaleinkommen stärker besteuern? Weil Geld nicht vom Himmel fällt. Geld wird erarbeitet. Und zwar von Menschen, die Lohn beziehen. Dividenden sind nichts anderes als der Gewinnüberschuss einer beliebigen Dienstleistung oder eines beliebigen Produktes.

Wir sind die, die diese Umstände benennen müssen. Wir sind die, die diese Umstände ändern müssen. Wir können nicht mehr länger in der Defensive verharren. Wir müssen in die Offensive. Denn wir, wir sind nicht die Partei des Mittelstands. Wir sind die Partei der 99%. Wir sind die 99%.

«Wir sind die 99 Prozent!»: 99 Personen an der Medienkonferenz zur Lancierung der 99-Prozent-Initiative der JUSO.



- Reggae Special
- Sternstunde Religion
- SRF bi de Lüt
- Kulturplatz
- Fokus
- CH-Musik
- Super League
- Happy Day
- Regionaljournal
- Lauberhofbrennen
- DOK
- Echo der Zeit
- Kassensturz
- Tagesschau
- Der Bestatter

Nein zu No Billag aus Basler Sicht erst recht



Eigentlich genügt ein einziger Blick auf den Initiativtext – und schon schrillen alle Alarmglocken: «Der Bund versteigert regelmässig Konzessionen für Radio und Fernsehen» (Artikel 93, Absatz 3). Versteigert! Dieses Verb verlangt eindeutig nach einem Meistbietenden. Logisch ist: Niemand wird je Geld in ein Medienprodukt investieren, ohne damit Ziele zu verfolgen – und zum Ersteigern einer Radio- oder Fernsehkonzession wären grosse Summen nötig. Dieser Absatz 3 allein steht schon ganz fundamental allen Grundsätzen eines seriösen Journalismus entgegen. Er würde zu (weiteren) interessengesteuerten Medienkonglomeraten führen. Eine unabhängige Medienlandschaft ist aber eine der wichtigsten Grundvoraussetzungen für eine funktionierende Demokratie!

Wichtige Minderheitenformate

Die Schweiz ist ein Land von Minderheiten, wie zum Beispiel Randregionen. Ihnen können nur solidarisch finanzierte Medienformate gerecht werden. Machen wir uns nichts vor: Wer sollte sich an der Versteigerung für ein rätoromanisches Sendefäss beteiligen (um nur ein Beispiel zu nennen)? Alle



Lisa Mathys
Parteisekretärin SP BL



Alex Klee,
Bürgergemeinderat SP BS,

Beide ehem. Radioschaffende
bei einem nicht-gebühren-
finanzierten Sender

Programme, die Minderheiten als Zielpublikum haben, wären dem Untergang geweiht. In Basel produziert auch Radio X solche Programmgefässe. Es ist nicht nur die SRG, die dies zum Beispiel mit ihren Regionaljournalen tut. Radio X erhält für die Erfüllung dieses Auftrages Gelder aus dem Gebührentopf. Ebenso Telebasel: Auch regionales Fernsehen wäre nie und nimmer möglich ohne die Mediengebühren. Das zeigt, dass No Billag eine eigentliche Medienezerschlagungsinitiative ist. Diese Programme würden zu Kampagnenkanälen, wenn sie an eine(n) Meistbietende(n) verhöckert würden. Wir haben in Basel bereits schmerzhaften Anschauungsunterricht genossen, was mit einem Medienprodukt – in diesem Fall der «Basler Zeitung» – passiert, wenn es in die Hände eines Besitzers mit einer klar politischen Agenda gelangt. Die Qualität des Journalismus leidet, der Kampagnenjournalismus hält Einzug, es kommt sogar zu Falschinformationen. Das ist gefährlich!

Arbeitsplätze in der Region

Basel profitiert aber nicht nur von Sendefässen wie dem «Regi» oder Medien wie Radio X und Telebasel. Basel ist auch ein wichtiger Standort

der SRG! Hier sind bereits heute – neben dem Regionaljournal und den KorrespondentInnen der Nordwestschweiz – Teile der Kulturabteilung zu Hause, so werden zum Beispiel die Hörspiele in Basel produziert. Mit dem Umzug ins neue Hochhaus am Bahnhof wird Basel als Standort noch wichtiger: Die ganze Abteilung SRF Kultur kommt nach Basel, dies sind rund 330 Arbeitsplätze. Das ist ein wichtiger Aspekt für unsere Region – und neben den attraktiven Jobs auch eine grosse Chance für die Kulturszene! Es sind gerade auch die kulturellen Sendefässer, die bei einem Wegfall der Finanzierung durch die Billag-Gelder nicht den Hauch einer Chance hätten, weiter zu bestehen.

Für die Region Basel muss es also noch klarer sein, als es eh schon ist: Das Aus der SRG und der gebührenfinanzierten Sendefässer wäre verheerend – sowohl demokratiepolitisch als auch für den Arbeitsstandort Basel. Die breite Auswahl an frei zugänglichen journalistischen Gefässen, wie wir sie heute nutzen können, ist ein Service public, der jedem Haushalt definitiv 1 Franken pro Tag – so hoch ist die Gebühr ab dem nächsten Jahr noch – wert sein muss!

Imperialer Sonderfall?

DIE «PARADISE PAPERS» VERANSCHAULICHEN NUR ALLZU DEUTLICH: WIR LEBEN AUF KOSTEN ANDERER UND DER NATUR – UND DASS DAS SO IST, HAT MIT DEM KAPITALISMUS ZU TUN. DIE SCHWEIZ IST NICHT NUR DREHSCHIBE VON GLOBALEM FINANZKAPITAL UND ROHSTOFFHANDEL. ZUSÄTZLICH FÜHREN DIE REKORDTIEFEN STEUERN ZU VERHEERENDEN GELDABFLÜSSEN AUS DEM GLOBALEN SÜDEN. ULRICH BRAND UND MARKUS WISSEN NEHMEN IN IHREM BUCH «IMPERIALE LEBENSWEISE» DIE WELTWEITE UMVERTEILUNG VON UNTEN NACH OBEN UNTER DIE LUPE. IHRE STÄRKE IST, DASS SIE DEN ALLTAG VON MENSCHEN WIE UNS IN BERN MIT DEN GLOBALEN STRUKTUREN KAPITALISTISCHER AUSBEUTUNG IN VERBINDUNG BRINGEN. IMPERIALE LEBENSWEISE HEISST WOHLSTAND AUF KOSTEN ANDERER. MIT ULRICH BRAND DISKUTIEREN WIR AM 14. JANUAR, WAS WIR ÄNDERN KÖNNEN.

«Beispiele gibt es zu Hauf. Entgegen globalen Trends ging etwa der CO₂-Ausstoss der Schweiz zwischen 1990 und 2015 leicht zurück. Die durchschnittliche Anzahl der Flugreisen aus der Schweiz stieg zwischen 2010 und 2015 aber um 43 Prozent (internationaler Flugverkehr zählt nicht zum nationalen Ausstoss). Es gibt offensichtlich eine beträchtliche Differenz zwischen gesteigertem Umweltbewusstsein und Mobilitätsverhalten. Individuelle Mobilität wird höher gewichtet als kollektive Konsequenzen. Das ist natürlich kein Zufall: Die globale kapitalistische Arbeitsteilung setzt flexible Bewegungsfreiheit sogenannt Hochqualifizierter voraus.

Anderen hingegen steht Bewegungsfreiheit nicht offen. So gibt es strukturelle Hürden für Aufenthaltsbewilligungen oder schlicht materielle Barrieren: Über 90 Prozent der Weltbevölkerung können sich Flugreisen nicht leisten. Dennoch wird in der Schweiz – bei regelmässigen Gesetzesverschärfungen – ein Migrations-Krisenszenario heraufbeschwört. Schweizer Grenzen stehen für Geld weit offen. Für die



Halua Pinto de Magalhães, Stadtrat Bern, SP Holligen



Andrea Blättler, Vorstand SP Bern Nord, GL SP Frauen*

Menschen, die dem Geld hinterherreisen, sind die Grenzen aber zu.

Die imperiale Lebensweise basiert auf der Externalisierung von Kosten auf ein «Aussen» (globaler Süden, irreguläre Frauenarbeit, usw.). Unter anderem weil immer mehr Ökonomien (Stichwort: «Schwellenländer») auf dieses Aussen zugreifen wollen (siehe z. B. Chinas Land-Grabbing in Afrika) und gleichzeitig der zivilgesellschaftliche Widerstand in ausgebeuteten Ländern wächst (z. B. in Lateinamerika), werden die Verteilungskämpfe härter. In den kapitalistischen Zentren (Europa oder USA) wird verzweifelt versucht, die «eigene» (imperiale) Lebensweise mittels nationalistischer Abschottung und autoritärer, patriarchaler und rassistischer Ausgrenzung exklusiv zu halten. Aus der Krise der auf Kosten-externalisierung beruhenden Entwicklung erklärt sich das Erstarken der Neuen Rechten.

Doch selbst gesellschafts-liberale Kräfte (inkl. Rot-Grün) stellen dieses Entwicklungsmodell kaum grundsätzlich in Frage. Vielmehr wird am national-exklusiven Projekt loka-

ler Umverteilung globaler Gewinne festgehalten. Statt die historisch gewachsene Verflechtung der Schweiz in Kolonialismus und globalen Kapitalismus anzuerkennen, wird durch eine scheinheilige Migrationsdebatte der Mythos vom Sonderfall gehegt. Gerade wenn die Sozialdemokratie dem rechten Aufstieg Einhalt gebieten will, ist sie gezwungen, nicht nur Errungenschaften wie den Wohlfahrtsstaat, sondern auch Forderungen wie jene nach mehr Wachstum kritisch zu überdenken. Daher werfen wir am 14. Januar eine Frage auf, die unangenehm ist, vor der wir uns aber nicht länger drücken können: Wie sieht eine internationalistische, nachhaltige linke Politik im 21. Jahrhundert aus?»

Imperiale Lebensweise heisst Wohlstand auf Kosten anderer.

SP

IMPERIALE LEBENSWEISE

EINE OFFENE DISKUSSION MIT ULRICH BRAND (POLITIKWISSENSCHAFTLER UNI WIEN) ÜBER AUSBEUTUNG VON MENSCH UND NATUR IM GLOBALEN KAPITALISMUS

LÖSCHER – ALTE FEUERWEHR VIKTORIA
SONNTAG, 14. JANUAR 2018
14 UHR - 16 UHR
ANSCHLIESSEND APÉRO
KINDERBETREUUNG WIRD ANGEBOTEN!

JUSO

MITWIRKUNG VON

Tamara Funicello (JUSO Schweiz)
 Halua Pinto de Magalhães (Stadtrat SP Bern)
 Markus Flück (Attac Schweiz)
 & Franz-Dominik Imhof (SP Biel / Unia)

LÖSCHER – ALTE FEUERWEHR VIKTORIA
RAUM: ALTE SCHREINEREI
GOTTHELFSTRASSE 29
3013 BERN

MODERATION VON
 Katharina Morawek (Institut Neue Schweiz – INES)

VERTIEFUNGSWORKSHOP: 17 - 19 UHR
 organisiert von Polit Bibliothek & Simon Zurbrügg (SP Länggasse)

WAS HAT UNSERE LEBENSWEISE MIT DEM ELEND ANDERNORTS ZU TUN?
WESHALB REICHT ES NICHT AUS, WENN ICH BIO EINKAUFE UND ROT-GRÜN WÄHLE?
WIESO GEHÖRT DER KAPITALISMUS ÜBERWUNDEN?
UND WIE STELLEN WIR DAS AN?

GEMEINSAM ORGANISIERT VON: SP BERN-HOLLIGEN, SP BERN-NORD, SP BERN LÄNGGASSE-FELSENAU, SP STADT BERN, SP KANTON BERN, JUSO STADT BERN

IN KOOPERATION MIT POLIT BIBLIOTHEK

ZAHLBARES WOHNEN FÜR ALLE

Ja am 4. März 2018

Luzernerinnen und Luzerner fordern aktivere Bodenpolitik

IN HOCHDORF UND LUZERN FIELEN DIE ABSTIMMUNGEN VOM 26. NOVEMBER ZU GUNSTEN DER MIETERINNEN UND MIETER AUS. DIESE ERFOLGE REIHEN SICH IN EINE SERIE VON ÄHNLICHEN ENTSCHEIDEN DER LETZTEN JAHRE EIN. DAS SIND GUTE VORZEICHEN FÜR UNSERE KANTONALE INITIATIVE «FÜR ZAHLBARES WOHNEN», ÜBER DIE AM 4. MÄRZ 2018 ABGESTIMMT WIRD.

In Hochdorf wurde die Bodeninitiative von SP und Grünen von einer Mehrheit der Bevölkerung angenommen und bekam mehr Ja-Stimmen als der Gegenvorschlag des Gemeinderates. In der Stichfrage unterlag die Initiative aber leider dem Gegenvorschlag. Trotzdem, das Resultat ist ein grosser Erfolg und zeigt, dass die Hochdorferinnen und Hochdorfer angesichts steigender Mieten und knappen Wohnraums eine aktivere Bodenpolitik fordern.

In der Stadt Luzern wurde eine Änderung der Gemeindeordnung mit 78,2% Ja-Stimmen angenommen, mit welcher der Stadtrat unter anderem die Kompetenz zu Landkäufen bis 30 Millionen Franken erhalten soll. Dem Stadtrat wird so ein neues Werkzeug in die Hand gegeben, um den Anteil gemeinnütziger Wohnungen gemäss der Abstimmung von 2012 auf 16% zu erhöhen.

Bereits stehen weitere Abstimmungen an. Am 4. März 2018 wird in Rothenburg über die Initiative der SP «für bezahlbare Wohnungen» abgestimmt. Bei einer Annahme der



Daniel Gähwiler, Vizepräsident SP Kanton Luzern

Initiative sollen zwei bereits eingezonte Grundstücke ausschliesslich an gemeinnützige Wohnbauträger verkauft werden dürfen.

In Kriens ist die Initiative der SP für «bezahlbaren Wohnraum» zustande gekommen. Auch hier wird sich wohl die Bevölkerung dazu äussern dürfen.

Noch in der Sammelphase ist eine kantonale Initiative des Mieterinnen- und Mieterverbandes, der eine Offenlegung von Vormieten will, um willkürlichen Mieterhöhungen vorbeugen zu können.

Ebenfalls am 4. März 2018 wird die Abstimmung zu unserer Initiative «für zahlbaren Wohnraum» stattfinden. Die Initiative will dem Kanton und den Gemeinden genau die Mittel zur Verfügung stellen, die für eine aktive Wohn- und Bodenpolitik notwendig sind: Vorkaufsrechte für gemeinnützige Wohnbauträger und Gemeinden sowie einen Fonds zur Förderung entsprechender Projekte.

Wir sind zuversichtlich, dass wir für unsere Initiative auf Zustimmung im ganzen Kanton zählen

können. Das geht aber nur mit der Unterstützung von euch allen: Plakate stellen, Flyer verteilen und die eigenen Freunde und Bekannten mobilisieren, zu tun gibt es vieles.

Mehr Informationen findet ihr auf der Homepage zur Abstimmung (siehe Link unten), dort könnt ihr euch auch für das Abstimmungskomitee eintragen.

www.zahlbares-wohnen.ch

Wir sind zuversichtlich, dass wir für unsere Initiative auf Zustimmung im ganzen Kanton zählen können.

KOMMENTAR



Basiskampagne 2017 Danke vielmals!

Wie 2016 haben wir dieses Jahr im Aargau wieder die Basiskampagne mit dem Hauptelement der Wahlkampftelefonaktionen durchgeführt, diesmal im Rahmen der Kommunalwahlen. Grossartige 140 Mitglieder haben sich ehrenamtlich engagiert und insgesamt fast 3000 Gespräche mit Wählerinnen und Wählern geführt. Die teilweise fantastischen Wahlresultate, zum Beispiel in Windisch und Wohlen, wo wir vier beziehungsweise drei Parlamentssitze zulegte, zeigen, dass die Telefonkampagne ein Erfolg war. Im Moment liegt uns dazu natürlich keine wissenschaftliche Auswertung vor. Eines ist aber sicher: Die Telefonist*innen haben unsere Partei von der besten Seite verkauft, auf sie können wir stolz sein. Ich bin dankbar, dass sich insbesondere auch anfänglich skeptische Mitglieder auf die Kampagne eingelassen haben. Viele von ihnen werden wir, so meine Überzeugung, in Zukunft wieder am Apparat sehen. Ein besonderes Highlight war für mich der grosse Einsatz einiger Neumitglieder, welche hervorragend mittelefoniert haben. Dank den Mitgliedertelefonaten hat die Basiskampagne auch in der Mobilisierung für Stand- und Postkartenaktionen, Spenden usw. eine zentrale Rolle gespielt. Bei aller Freude über die Ergebnisse müssen wir aber erklären, dass die Anzahl kurzfristiger Abmeldungen und No Shows hätte tiefer sein können. Persönlich möchte ich mich bei allen bedanken, die auf die eine oder andere Art an der Basiskampagne beteiligt waren. Ihr habt durch euer Engagement meine Arbeit sehr bereichert und werdet mir in bester Erinnerung bleiben.

Julian Bieri von Mühlethurnen war Campaigner der SP Aargau 2017.



Basiskampagne in Aarau: Telefonieren für die Wahlen

LINKSRUTSCH IM AARGAU AUCH AUF KOMMUNALER EBENE

Grosser Wahlerfolg

DER 24. SEPTEMBER UND DER 26. NOVEMBER WAREN FÜR VIELE SP-SEKTIONEN IM AARGAU – UND NATÜRLICH AUCH FÜR UNS ALS KANTONALPARTEI - TAGE ZUM JUBELN. DIE WAHLERFOLGE KNÜPFTEN DIREKT AN DIE GROSSRATSWAHLEN AN UND ZEIGEN, DASS WIR NICHT NUR AUF KANTONALER EBENE STARK AUFGESTELLT SIND, SONDERN AUCH AUF KOMMUNALER EBENE AKTIVE SEKTIONEN HABEN.



Sascha Antenen von Zofingen ist politischer Sekretär der SP Aargau und SP-Einwohnerat.

Zusammengefasst haben wir an den beiden Sonntagen total 15 neue Sitze in den Einwohnerräten gewonnen, während die SVP 16 Sitze verlor. Damit sind wir die sitzstärkste Partei in den Einwohnerräten im Aargau. Ebenso haben wir ab 2018 sechs neue Gemeinderat*innen und Stadträt*innen, drei neue (Frau) Ammänner und fünf neue (Frau) Vize-Ammänner. In Windisch sind wir mit 45 Prozent sogar der absoluten Mehrheit zum Greifen nah. Das schaffen noch nicht mal die grossen SP-Hochburgen wie Bern oder Zürich.

	SP	SVP
Aarau	14 (+2)	9 (-1)
Baden	9	6 (-2)
Brugg	10 (+1)	9 (-2)
Buchs	8 (+2)	10 (-3)
Lenzburg	10 (+1)	9 (-1)
Obersiggenthal	8 (+1)	9 (-1)
Wettingen	9 (+1)	11 (-1)
Windisch	18 (+4)	7 (-2)
Wohlen	7 (+3)	11 (-2)
Zofingen	8 (-1)	9 (-1)
Total	15 neue Sitze	16 Sitze verloren

Grund für den Erfolg ist der aktive und vielseitige Wahlkampf der SP, der überall betrieben wurde. Die SP war im ganzen Aargau

stark präsent und vertrat in den Wahlkämpfen klare Positionen. Und das wichtigste: Der Wahlkampf fand direkt bei unseren Wählerinnen und Wählern statt. Sei es beim Flyern am Bahnhof, an der Standaktion auf dem Marktplatz oder beim Aufstellen von Plakaten. Und natürlich speziell auch im Rahmen der Basiskampagne, wo über 140 Freiwillige unsere Wählerschaft per Telefon mobilisierten. In vielen Sektionen engagierten sich plötzlich Mitglieder, die zuvor weniger aktiv waren. Politische Inhalte und Themen wurden im Wahlkampf in den Vordergrund gestellt und vertreten. Nur durch dieses vielseitige und aktive Engagement der vielen Freiwilligen SP-Mitglieder konnten wir in den letzten Jahren Erfolge verbuchen. Und dieses Engagement müssen wir uns auch zukünftig als Ziel setzen, damit wir den Aargau vom bürgerlich kaputtgesparten Kanton zu einem lebenswerten Kanton für alle machen können. Und ich behaupte: Das ist möglich. Es ist nur wichtig, auch weiterhin das Aktivitätslevel hochzuhalten und ab und zu auch den Mut zu haben, neue Kampagnenmittel auszuprobieren.

Nach drei Jahren Wahlen gibt es nun ein Zwischenjahr. Doch dürfen wir in diesem Jahr nicht nachlässig werden, im Gegenteil. 2019 sind Nationalratswahlen, und wir wollen mindestens unseren Sitz zurück und am liebsten noch mehr! Dafür braucht es eine stetige Präsenz der SP auf allen Ebenen im Aargau, ganz egal, ob Wahlen sind oder nicht.

Schweiz gegen Atomwaffen

IM JULI VERABSCHIEDETEN 122 UNO-MITGLIEDSLÄNDER EINEN ATOMWAFFENVERBOTSVERTRAG. DIE SCHWEIZ HATTE SICH BEI DESSEN LANCIERUNG NOCH DER STIMME ENTHALTEN. AN DEN VERTRAGSVERHANDLUNGEN BETEILIGTE SIE SICH DANN JEDOCH AKTIV UND STIMMTE SCHLIESSLICH ZU – AUCH DANK EINER SP-MOTION.

«Stell dir vor, es ist Krieg, und keiner geht hin ...» schrieb der amerikanische Dichter Carl Sandburg im Jahr 1936. Jemand schrieb später die Zeile «... dann kommt der Krieg zu euch» dazu und verkehrte die Quintessenz der Zeile in ihr Gegenteil.

Wäre Sandburg achtzig Jahre in die Zukunft gereist, hätte er womöglich folgende Zeilen geschrieben: Stell dir vor, in der UNO stimmen die Länder über eine Resolution ab, die Verhandlungen über ein Verbot von Kernwaffen fordert, und keiner geht hin.

Eigentlich unvorstellbar, doch etwas Ähnliches geschah am 27. Oktober 2016, mindestens aus Schweizer Sicht: enthielt sich diese doch bei dieser Abstimmung der Stimme.

Deshalb reichte ich weniger als zwei Monate später im Nationalrat eine Motion ein, mit welcher der Bundesrat aufgefordert wurde, «sich aktiv in die kommenden Verhandlungen über ein völkerrechtliches Atomwaffenverbot einzubringen, dabei insbesondere den Aspekt der humanitären Konsequenzen eines allfälligen Einsatzes dieser Waffen in den Vordergrund seiner Bemü-

hungen zu stellen und sich aktiv für eine möglichst grosse Beteiligung von Staaten am Verhandlungsprozess einzusetzen».

Ist das gelebte Neutralität?

Der Bundesrat begründete in seiner Stellungnahme die Enthaltung der Schweiz folgendermassen: «(...) Gleichzeitig betrachtet der Bundesrat den Nutzen und die Risiken eines Nuklearwaffenverbots differenziert und im Rahmen des derzeitigen globalen sicherheitspolitischen Umfelds. Kernwaffen spielen weiterhin eine wesentliche Rolle in Sicherheitsdoktrinen vieler Länder, weswegen etliche dieser Staaten dem Verhandlungsprozess fernbleiben dürften.» Da könnte man analog zu oben die Zeile hinzudichten: «... denn gegen Atomwaffen sind wir sowieso machtlos.»

Für mich tönt das ähnlich wie bei Abstimmungsmuffeln, die jeweils sagen, ihre Stimme ändere am Ergebnis ja sowieso nichts. Eine äusserst schwache Begründung, wie ich finde, besonders wenn sie vom Bundesrat kommt. Die Schweiz hat eine besondere Verantwortung als Depositarausschuss der Genfer Konventionen. Enthaltung? Ist das gelebte Neutralität?

Schweiz stimmt für Verbot

Bisher gab es nur den Atomwaffen-sperrvertrag aus dem Jahr 1970, der das Verbot der Verbreitung und die

Verpflichtung zur Abrüstung von Kernwaffen sowie das Recht auf die friedliche Nutzung der Kernenergie zum Gegenstand hat.

Nun endlich, 72 Jahre nachdem Atomwaffen im Krieg zum ersten Mal eingesetzt worden sind, gibt es auch den Atomwaffenverbotsvertrag. Dieser verbietet Entwicklung, Produktion, Test, Erwerb, Lagerung, Transport, Stationierung und Einsatz von Atomwaffen sowie die Drohung mit diesen.

Immerhin eine versöhnliche Nachricht gibt es: Auch dank meiner Motion beteiligte sich die Schweiz aktiv an den Verhandlungen und stimmte schliesslich für den erarbeiteten Atomwaffenverbotsvertrag. Der Bundesrat betrachtet «die humanitären Konsequenzen eines allfälligen Einsatzes dieser Waffen als eine wichtige Triebfeder für das Endziel einer nuklearwaffenfreien Welt». Lieber spät als nie.

Und wie der Widerspruch, trotz Enthaltung bei der Lancierung schliesslich dem Vertrag zuzustimmen, endet auch die Geschichte meiner Motion mit einem Widerspruch: Weil der Bundesrat das Anliegen meiner Motion als erfüllt betrachtete, empfahl er deren Ablehnung. Damit musste ich zähneknirschend einverstanden sein, denn es geht um das erste Etappenziel. Und das haben wir erreicht.



Angelo Barrile ist Nationalrat ZH



The Nobel Prize

@NobelPrize

Folgen



BREAKING NEWS The 2017 Nobel Peace Prize is awarded to the International Campaign to Abolish Nuclear Weapons (ICAN)

@nuclearban #NobelPrize



FRIEDENS-NOBELPREIS FÜR ICAN

Die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (Ican) hat den diesjährigen Friedensnobelpreis erhalten. Die Organisation kämpft seit 2007 gegen den Widerstand der Atom-mächte und vieler anderer Länder dafür, Atomwaffen per internationalen Vertrag zu verbieten. Ican wirkte massgeblich am UNO-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen mit (Bild: Twitter-Meldung des Nobelpreis-Komitees).



Die Mär von der Chancengerechtigkeit

IM MÄRZ VERANSTALTET DIE SP SCHWEIZ EINE BILDUNGSTAGUNG. IN REFERATEN UND WORKSHOPS SOLL DER FRAGE AUF DEN GRUND GEGANGEN WERDEN, WIE CHANCENGERECHT UNSER BILDUNGSSYSTEM IST. SPEZIALGAST IST DER EHEMALIGE FINNISCHE BILDUNGSMINISTER JUKKA GUSTAFSSON.

Wie chancengerecht ist unser Bildungssystem? Können alle Kinder von einer Schule profitieren, die ihren Fähigkeiten gerecht wird, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Elternhaus, physischen oder psychischen Beeinträchtigungen?

Die SP will diesen Fragen auf den Grund gehen und lädt zu einer Bildungstagung ein. Ziel ist, Stärken unseres Schulsystems zu bestätigen und Defizite zu benennen. Am Ende der Tagung sollen Massnahmen definiert werden, die zu einem chancengerechteren Bildungssystem beitragen.

Die Tagung wird von den Mitgliedern der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) unter dem Lead von Matthias Aebischer und Mathias Reynard organisiert. Special Guest ist der ehemalige finnische Bildungsminister Jukka Gustafsson. Er wird die Frage beantworten, welche Erfahrungen Finnland bei der Stärkung der Chancengerechtigkeit gemacht hat. Margrit Stamm, Professorin für Erziehungswissenschaften, wird den Handlungsbedarf bei der Chancengerechtigkeit auf allen Stufen aufzeigen. Marianne Zogmal (Vizepräsidentin von «Plateforme Romande pour l'accueil de l'Enfance», der Westschweizer Plattform für fami-

lienergänzende Kinderbetreuung), Monika Maire-Hefti (Regierungsrätin SP NE), Georges Felouzis (Professor für Soziologie der Bildungspolitik Universität Genf) sowie Samuel Rohrbach (Präsident Syndicat des Enseignants Romands) liefern kurze Inputs zu den Themen frühe Förderung, Kitas und Tagesschulen, Integration und chancengerechte Förderung sowie Situation der Lehrkräfte. Fragen zu diesen Themen werden gemeinsam mit den Fachleuten auch in Workshops vertieft. Generell soll der Tag Raum für Diskussionen und Austausch bieten.

Bildung ist ein Grundrecht

In der öffentlichen Schule begegnen sich Menschen aus allen Schichten, und die öffentliche Schule ist der wichtigste Ort der Integration. Die Schule soll die Kinder in ihrer Entwicklung und in ihrem Lernwillen unterstützen. Die Einzigartigkeit und die Individualität der Kinder sollen im Zentrum stehen. Dabei muss der Frage nach schulischen Ungleichheiten besondere Beachtung geschenkt werden – auch aus Gründen der Demokratie. Auch wenn die rechtlichen Grundlagen für ein chancengerechtes System vorhanden sind, können heute nicht alle individuellen Potenziale reali-

Bildungstagung der SP Schweiz 23. März 2018, Bundeshaus

Die Kosten betragen 70 Franken inklusive Mittagessen (35 Franken für wenig Verdienende). Die Tagung findet zweisprachig statt, im Plenum gibt es eine Übersetzung D-F und F-D, in den Workshops ist eine Übersetzung teilweise möglich.

Anmeldung:
www.spschweiz.ch/bildungstagung

Das detaillierte Programm findet sich auf der Rückseite dieser Zeitung.

Chantal Gahlinger,
politische Sekretärin,
u. a. verantwortlich für
die WBK

siert werden. Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten Familien erleben keine Chancengerechtigkeit und haben dadurch Nachteile, die ihr gesamtes Leben beeinflussen. Der Bildungsabschluss hat einen starken Einfluss auf die soziale Lage und das Lohnniveau. Die Kompetenzen und der Anteil der Schülerinnen und Schüler, deren Leistung als sehr schwach oder sehr stark angesehen wird, variieren von Kanton zu Kanton stark. Nicht die Familie, der Wohnort oder das Schulhaus aber sollen entscheiden, sondern die eigene Leistung und das eigene Können. Je besser die Bildung, desto chancenreicher ist das Leben eines Menschen.

Wir unterstützen deshalb das Ziel der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) und des Bundes, dass 95 % der Schülerinnen und Schüler einen Abschluss auf Sekundarstufe II und 95 % die Mindestanforderungen des Lehrplans erreichen sollen. Dabei handelt es sich um Mindestvorgaben. Die Lehrkräfte und alle Menschen, die zusammen mit ihnen für das Wohl der Kinder arbeiten, sollen bei ihrer verantwortungsvollen Aufgabe gestärkt werden und Arbeitsbedingungen vorfinden, die es ihnen ermöglichen, die hohen Erwartungen, die an die Schule gestellt werden, zu erfüllen. Sparen bei der Bildung läuft den genannten Zielsetzungen diametral entgegen.

Wir sind die Wirtschaft

DAS NEUE WIRTSCHAFTSKONZEPT DER SP IST UNTERWEGS. ES FORDERT EINE BESSERE VERTEILUNG DER FRÜCHTE VON DIGITALISIERUNG, GLOBALISIERUNG UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM.

«Die Wirtschaft», das sind nicht die sogenannten Wirtschaftsführer und Anleger, die ihr Geld arbeiten lassen. Nein, die Wirtschaft sind wir! Wir, die mit unseren handwerklichen, intellektuellen, fürsorglichen oder kreativen Fähigkeiten den entscheidenden Teil zum Gelingen beitragen. Wir sind die grosse Mehrheit. Wir schaffen die Mehrwerte. Wir wollen mitgestalten und wir wollen, dass die Wirtschaft wieder uns allen dient.

Dafür muss sie wieder auf die in der Bundesverfassung verankerten Ziele verpflichtet werden und «die Freiheit und Rechte des Volkes», «die gemeinsame Wohlfahrt, die nachhaltige Entwicklung, den inneren Zusammenhalt und die kulturelle Vielfalt des Landes» fördern und «für eine möglichst grosse Chancengleichheit unter den Bürgerinnen und Bürgern» sorgen. Wie die Schweizer Wirtschaft wieder dorthin kommt, das ist die Fragestellung des neuen Wirtschaftskonzeptes der SP, das zurzeit erarbeitet wird. Wir benennen dabei die grössten wirtschaftlichen Herausforderungen und skizzieren darin unsere wirtschaftspolitischen Schwerpunkte der nächsten 10 Jahre. Und wir positionieren uns gegenüber den grossen



Beat Jans, Nationalrat BS

wirtschaftspolitischen Themen wie Digitalisierung, Globalisierung und Klimaüberhitzung.

Investitionen, Fairness, Mitbestimmung

Grossen Dank an alle, die sich bereits eingebracht haben! Die Beteiligung war überwältigend. Es wurden rund 130 Ideen und Anregungen eingeschickt. Nach der spannenden Eröffnungstagung vom 26. August riefen wir per E-Mail dazu auf, sich für die Mitarbeit in Arbeitsgruppen zu melden. Innerhalb von nur vier Tagen meldeten sich nicht weniger als 350 (!) Leute. Das überstieg unsere Erwartungen ebenso wie unsere Kapazitäten. Bedauerlicherweise konnten wir nicht alle Anmeldungen berücksichtigen. Schliesslich nahmen vier Arbeitsgruppen à rund 30 Personen die Arbeit auf. Sie wurden von Urs Wüthrich-Pelloli, Barbara Haering, Eric Nussbaumer und Samuel Bendahan geleitet und lieferten fundierte Berichte. Die zentralen Aussagen haben wir in einem Bericht zusammengefügt, der die wichtigsten Herausforderungen und politischen Stossrichtungen benennt. Es haben sich drei Themen herausgeschält, die uns in der aktuellen Wirtschaftspolitik besonders wichtig scheinen. Es braucht mehr denn je Investitionen. Nur mit motivierten Arbeitskräften, fairen Löhnen und moderner nachhaltiger Inf-

rastruktur können wir den raschen Wandel bewältigen. Es braucht mehr Fairness, das heisst Regeln, die dafür sorgen, dass der Mehrwert allen zugute kommt. Und schliesslich fordern wir Mitbestimmung auf allen Ebenen. Demokratie in der Firma und in der internationalen Politik sind besser als die Faust im Sack und Abschottung.

Verabschiedung im Dezember

Die Schlussfassung des neuen Wirtschaftskonzeptes soll am Parteitag im Dezember 2018 verabschiedet werden. Bereits an der Delegiertenversammlung vom Februar erhalten die Delegierten die Möglichkeit, über die Einschätzung der aktuellen wirtschaftspolitischen Situation zu diskutieren und die Richtung und Schwerpunkte des neuen Wirtschaftsprogrammes mitzuprägen.

Mehr Informationen zum aktuellen Stand der Arbeiten finden sich auf spschweiz.ch/wirtschaftskonzept.

ZWEITE TAGUNG ZUM WIRTSCHAFTSKONZEPT

3. Februar 2018, Progr, Bern

Weitere Informationen zum Programm und zur Anmeldung werden laufend unter spschweiz.ch/wirtschaftskonzept publiziert.



Pionierarbeit im Zürcher Wahlkampf

NACH DEM VORBILD DER BRITISCHEN LABOUR-PARTEI SETZT DIE SP ZÜRICH IM WAHLKAMPF AUF DOOR KNOCKING. SP-MITGLIEDER KLINGELN AN DEN HAUSTÜREN UND REDEN MIT DEN MENSCHEN DARÜBER, WAS SIE BESCHÄFTIGT.



Oliver Heimgartner ist Geschäftsleitungsmitglied der SP Stadt Zürich

Am 9. Februar 2014 wurde die «Maseneinwanderungsinitiative» angenommen und in Zürich der Gemeinderat und der Stadtrat neu gewählt. Lediglich 42 % der Stimmberechtigten nahmen an dieser Wahl teil und das war sogar noch eine gute Stimmbeteiligung. Und was ist mit den Nicht-Stimmberechtigten?

Die SP ist für alle statt für wenige da. Wir machen eine Politik, die der gesamten Bevölkerung zugute kommt. Dafür müssen wir wissen, was die Bevölkerung beschäftigt. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten muss es unser Anspruch sein, mehr als 42 % der Stimmberechtigten zu involvieren, mehr Menschen das Vertrauen in die Politik zurückzugeben, mehr Menschen zu erreichen. Denn von einem Verlust an Vertrauen in die Politik und die Institutionen profitieren immer die Rechtspopulisten.

Umfrage an der Haustüre

Im Vorfeld der Wahlen vom 4. März 2018 führen wir in Zürich darum erstmals in der Schweiz eine grosse Umfrage bei der Bevölkerung in den Quartieren durch. Wir wollen erfahren, was den Menschen auf den Nägeln brennt, und im persönlichen Gespräch aufzeigen, wofür sich die SP einsetzt.

Inspiziert von Wahlkämpfen der Labour-Party – unserer Schwesterpartei in England – führen wir diese Umfrage auch an der Haustüre durch. In England hat Labour im letzten Juni ein extrem gutes Wahlergebnis erreicht, weil sie auf Gespräche an der Haustüre setzte.

Schon mehrere Hundert SP-Mitglieder haben so in den letzten Wochen und Monaten an mehreren Tausend Haustüren in der Stadt Zürich geklingelt und die Anwohner*innen gefragt, was sie sich für die Stadt Zürich wünschen und wie wir die Stadt am besten weiterentwickeln sollen. Wir treffen junge Familien mit Kindern, wir treffen alleinstehende Pensionierte, wir treffen Menschen im Bademantel und wir werden zum Essen eingeladen.

Der SP ein Gesicht geben

Auch wenn das für alle beim ersten Mal etwas Überwindung braucht: Die Gespräche an der Haustüre sind ein voller Erfolg. Die Leute haben Zeit. Die Leute freuen sich, dass sich jemand um ihre Meinung bemüht. Und die Leute haben etwas zu sagen. Nie zuvor konnten wir – die sozialdemokratische Partei – so direkt, so persönlich mit so vielen Leuten reden.

An der Haustüre erzählen uns die Menschen, was sie in ihrem täglichen Leben beschäftigt: zu wenig günstige Wohnungen, zu knapper Schulraum, gefährlicher Veloverkehr. Aber sie erzählen uns auch, dass es bei ihnen schlechte Busverbindungen gibt, dass die Strasse zu laut ist und der Schulweg gefährlich. Informationen, die wir niemals in dieser Breite hätten ohne die direkten Gespräche und den direkten Austausch mit der Bevölkerung.

Von Nationalrätin Jacqueline Bardon bis Stadtpräsidentin Corine Mauch, von Gemeinderatskandidatin Anna Graff bis zu meiner Kollegin Leandra und ihrem Vater engagieren sich Menschen für die SP und geben unserer Partei und unserer Politik an der Haustüre ein Gesicht.

Weniger Plakate, mehr Menschen

Und man stelle sich vor: Es gibt Leute, die an der Haustüre Mitglied werden. Über Hundert, die an der Haustüre Sympy werden. Dutzende, die uns im Wahlkampf unterstützen wollen.

Wir wollen in diesem Wahlkampf darlegen, warum die Menschen uns für vier weitere Jahre ihre Stimme geben sollen. Denn uns fehlt nur ein einziger Sitz für eine linke Mehrheit im Gemeinderat, und die wollen wir unbedingt zurückgewinnen. Klar ist aber auch, dass die SP Zürich eine so grosse Umfrage und die Mobilisierung der Wählerinnen und Wähler am Telefon kurz vor den Wahlen nur dank einem engagierten Team von sechs Campaignerinnen und Campaignern und einer Teamleiterin stemmen kann. Wir haben uns aktiv dafür entschieden, ein paar Inserate und Plakate weniger zu machen, damit wir Personal anstellen können, das die Basiskampagne organisiert und die Menschen motiviert mitzumachen. Denn eins ist klar: An den Plakatwänden und in den Inseratespalten können wir nicht mithalten, wenn FDP und SVP Millionen aufwerfen. Die SP gewinnt nur dann, wenn sich Menschen aktiv für unsere Werte, unsere Visionen und unsere Politik einsetzen.

Mehrere Hundert SP-Mitglieder haben in den letzten Wochen und Monaten an mehreren Tausend Haustüren in der Stadt Zürich geklingelt und die Anwohnerinnen und Anwohner gefragt, was sie sich für die Stadt Zürich wünschen. (v. l. n. r.: David Gallusser, Nationalrätin Priska Seiler Graf, Benedikt Knobel und Rezia Krauer).



Prost – auf weitere 100 Jahre in Pink!

100
♀
Jahre
SP Frauen*
Schweiz

100 JAHRE IST ES HER, DASS SICH EINE GRUPPE VON FRAUEN ENTSCIEDEN HAT, GEMEINSAM FÜR DIE ANLIEGEN DER FRAU ZU KÄMPFEN. DER KAMPF IST NOCH LANGE NICHT VORBEI – DENNOCH GIBT ES GROSSE ERRUNGENSCHAFTEN ZU FEIERN UND VORBILDER ZU EHREN. ÜBER 300 GÄSTE FEIERTEN AM 3. NOVEMBER 2017 IM PROGR BERN MIT EINEM FACETTENREICHEN PROGRAMM DAS JUBILÄUM DER SP FRAUEN*. Lena Allenspach



Die Co-Präsidentinnen der SP Frauen* Martine Docourt und Natascha Wey führen in den Abend ein.



In «Bleu électrique» des Theaters Amalgam führen die erste Bundesrätin Elisabeth Kopp und Alt-Nationalrätin Lilian Uchtenhagen ein fiktives Gespräch.



Ein Stück SP-Frauen*-Geschichte: drei der ehemaligen Präsidentinnen der SP Frauen*, Yvonne Feri, Maria Bernasconi und Jacqueline Fehr.



Bar-Service ist Männersache! Die erste Schicht übernehmen die Nationalräte Angelo Barrile und Carlo Sommaruga.



Podium mit der Zürcher Gemeinderätin Lucia Tozzi, Alt-Bundesrätin Ruth Dreifuss, Bundesrätin Simonetta Sommaruga und Martine Docourt. Moderation: Flavia Wasserfallen.



Die Nationalrätinnen Ursula Schneider Schüttel, Mattea Meyer und Barbara Gysi.



Das Organisationskomitee: Nadja Huberson, Gabriela Rohner, Anna Siegenthaler, Pia Neuhaus und Elena Flach.



Stille Arbeiterin hinter den Kulissen: Gabriela Rothenfluh, die Zentralsekretärin der SP Frauen*.



JUSO-Präsidentin Tamara Funciello, Alt-Bundesrätin Ruth Dreifuss, Bundesrätin Simonetta Sommaruga und Co-Präsidentin der SP Frauen* Natascha Wey stossen auf den Abend an.

DENKNETZ-JAHRBUCH 2017



Hans Baumann, Martin Gallusser, Roland Herzog, Ute Klotz, Christine Michel, Beat Ringger, Holger Schatz (Hg.): **Technisierte Gesellschaft. Analyse und Kritik eines Hypes**, Zürich. Edition 8 Broschur CHF 23.–

Digitale Revolution, künstliche Intelligenz oder Industrie 4.0 sind Schlagworte, die die Debatte über die Zukunft wesentlich bestimmen. «Wir dürfen den digitalen Wandel nicht verschlafen, sonst werden wir abgehängt.» Solcherlei Mahnungen tauchen heute in fast jeder Programmrede, jedem Manifest oder jeder Agenda auf. In der Regel werden dabei die diagnostizierten Technologieschübe als unausweichliche Fakten dargestellt, denen sich die Gesellschaft dringend anzupassen habe, um ihre Zukunftsfähigkeit nicht zu verspielen. Diskutiert, geredet und geschrieben wird über digitale Technik also andauernd, doch bleibt der Horizont der gesellschaftlichen Debatte begrenzt. So geht es etwa darum, ob nun die weitere Digitalisierung und

Automatisierung Jobs vernichtet oder ob sie neue Geschäftsmodelle ermöglicht, die unter dem Strich mehr Jobs schaffen. Ob sie zu mehr oder zu weniger individueller Freiheit führt, zu mehr Transparenz oder zu mehr Macht in den Händen jener, die den Steuerungszugriff auf die stetig wachsenden Datenmengen monopolisieren. Oder es wird befürchtet, die Digitalisierung münde in einen «technologischen Totalitarismus» oder die künstliche Intelligenz werde den Menschen in Kürze übertreffen und anschliessend ausbooten. So wichtig diese Diskussionen im Einzelnen auch sein mögen, eine Frage wird kaum gestellt: Wie wollen, können und sollen wir denn eigentlich leben, und welche Technik brauchen wir dazu?

Im neusten Denknetz-Jahrbuch «Technisierte Gesellschaft. Analyse und Kritik eines Hypes» wird danach gefragt, was denn dran ist an dieser technologiebasierten Umwälzung von Ökonomie und Gesellschaft. Im Weiteren wird analysiert, welche Fragestellungen und programmatischen Konsequenzen sich aus den aktuellen Technologieschüben ergeben. Wie können Freiheiten, Privatsphäre, Arbeitsbedingungen und demokratische Kontrolle erhalten respektive wieder verbessert werden? Kann Technologie gar emanzipativ gestaltet werden und bei der Überwindung von Herrschaftsbeziehungen helfen?

Die SP Schweiz sucht per Anfang April 2018 oder nach Vereinbarung eine/n

KAMPAGNENLEITER/IN (80%)

Als Kampagnenleiter oder Kampagnenleiterin sind Sie gleichzeitig stellvertretende/r Generalsekretär/in und Co-Leiter/in der Abteilung «Kampagnen, Basis und Informatik». Diese ist innerhalb des Zentralsekretariats für Abstimmungs- und Wahlkampagnen, den Auftritt der Partei gegen aussen, Unterschriftensammlungen für Volksinitiativen und Referenden, Mitgliederentwicklung, Bildung, IT sowie einen Grossteil der parteiinternen Kommunikation verantwortlich. In Ihrer Funktion sind Sie Mitglied des Leitungsteams (Kader).

Zu den Aufgaben gehören:

- Konzeption, Umsetzung und Evaluation von Abstimmungskampagnen
- Umsetzung der Wahlkampagne 2019 als Mitglied der operativen Wahlkampfleitung
- Verantwortung für das Erscheinungsbild (CI) der SP gegen aussen
- Planen und Umsetzen von Online-Kommunikationsmassnahmen, z. B. Newsletter
- Betreuung der Facebook-Kanäle der SP Schweiz
- Anlaufstelle für die Kantonalparteien und -sekretariate im Rahmen von Kampagnen
- Vertretung der SP in verschiedenen Abstimmungskomitees und -bündnissen
- Leitung, Weiterentwicklung und inhaltliche Koordination der Abteilung
- Personalführung sowie Verantwortung für das Abteilungs- und Kampagnenbudget

Wir erwarten folgendes Profil:

- Hochschulabschluss oder vergleichbare Ausbildung
- Mehrjährige Erfahrung in der Kampagnenführung (off- und online)
- Leistungsbereitschaft, Stressresistenz und Flexibilität
- Hohe Identifikation mit den Zielen der Sozialdemokratie
- Profunde Kenntnisse der Partei und ihrer Strukturen
- Erfahrung in Projektmanagement und Personalführung
- Flair für Organisationsentwicklung und Konzeptarbeit
- Fähigkeit, komplexe Sachverhalte auf den Punkt zu bringen, gute Schreiberin
- Erfahrung mit grafischer Gestaltung von Plakaten, Flyern, Zeitungen etc.
- Sehr sichere Ausdrucksweise in Deutsch und/oder Französisch

Als Kampagnenleiter oder Kampagnenleiterin haben Sie die einmalige Chance, die Arbeit der SP und deren Bild in der Öffentlichkeit massgeblich mitzuprägen. Wir bieten eine vielseitige und herausfordernde Tätigkeit, ein angenehmes Arbeitsklima sowie angemessene Anstellungsbedingungen und Sozialleistungen. Arbeitsort ist unser Zentralsekretariat am Theaterplatz 4 in Bern.

Stelleninhaber Stefan Krattiger (079 442 41 51) erteilt gerne weitere Auskünfte. Bitte schicken Sie Ihre Bewerbung bis am 7. Januar 2018 an bewerbung@spschweiz.ch.

PAY-SOZIALHILFE UND BUNDES RAT ON DEMAND

Dem Schweizer Radio und Farbfernsehen den Hahn zudrehen? Etwas für Weicheier und politische Beckenrandschwimmer! Meinten es die libertär-pubertären No-Billag-Burschen ernst, würden sie Kampagne gegen die Finanzordnung 2021 machen. «Die Finanzwas?!», fragen Sie sich. Genau, es gibt eine zweite Vorlage, die es im März nach des Volkes Votum dürstet – medial unberührt und so unbestritten, dass sie sogar unter dem Radar erfahrenster Wutbürgerinnen und Wutbürger durchsegelt. Dabei geht es immerhin um die Frage, ob es die direkte

Bundessteuer und die Mehrwertsteuer weiterhin geben soll. Um den Haupthart der Bundeseinnahmen, um satte 42 Milliarden.

Warum gibt es keine Nein-Kampagne? Das wäre «No Billag» für echte Kerle! No Staat! Die Argumente? «Ja zur Abschaffung der Zwangsabgaben!», «jeder soll selber entscheiden können, für was er sein Geld ausgeben will» und nur «das bezahlen, was er wirklich braucht». Endlich «mehr Entscheidungsfreiheit»! Hurra, weg mit dem Staat! Warum soll ich für eine Strasse bezahlen, obwohl ich dort gerade nicht durchfahre? Weshalb für eine Armee, obwohl durch meinen Garten just jetzt keine russischen Pan-

STEFAN KRATTIGER

ROT STICH



zer rollen? Wieso für Schulen, wenn ich doch aktuell keine Kinder habe oder die den Stoff auch googeln können?

Allen Besorgten sei gesagt: «Wenn eine Nachfrage vorhanden ist, wird es auch ein Angebot geben.» So freue ich mich auf Pay-Sozialhilfe. Die abonniere ich für 986 Stutz pro Monat, wenn ich sie brauche. Die Broncos sind eh viel lässiger als die Polizei und Bundesratsdienstleistungen bietet künftig das Familienunternehmen Blocher-Martullo an, natürlich «on demand». Wer Demokratie wichtig findet, kann «House of Cards» auf Netflix streamen oder die «Weltwoche» kaufen. Und für alles andere gibt es Youtube.

MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Meine Anliegen am Arbeitsplatz durchsetzen D2.4.1819

8./9.2.2018, Hotel Toggenburgerhof, Kirchberg
Erkennen und Einschätzen von Verhandlungsspielräumen, Vorbereitung und Phasen eines Verhandlungsgesprächs, Win-win-Strategien (Harvard-Prinzipien), Techniken im Gespräch, Übungen anhand von Fallbeispielen
Referent: Roland Christen (Organisationsentwickler)

Älter werden im Beruf D2.5.1808

20./21.2.2018, Seminarhaus Boldern, Männedorf
Stärken und Schwächen herausarbeiten, Balance von Berufs- und Privatleben, Veränderungen planen und in Angriff nehmen, Umgang mit der eigenen Energie
Referentin: Astrid Mehr (Erwachsenenbildnerin)

Basisseminar für Mitglieder von Personalvertretungen D1.7.1801

5.-7.3.2018, Hotel FloraAlpina, Vitznau
Rollenverständnis, Aufgaben und Rechte einer Personalvertretung

Referent: Peter Lüthi (Team- und Organisationsberater)

Basiskurs für Mitglieder von Stiftungsräten und Vorsorgekommissionen D1.8.1801

7./8.3.2018, Hotel FloraAlpina, Vitznau
Zusammenspiel der Sozialversicherungen, BVG, Begriffe, Verantwortung, Haftung, Zinslandschaft, Rechtsverhältnisse, Deckungsgrad
Referenten: Sabino di Mambro (eidg. dipl. Pensionskassenleiter), Urban Hodel (PK-Netz)

Wie funktioniert unsere Wirtschaft D2.1.1806

7.3.2018, Jugendherberge, Zürich
Das ABC der Wirtschaft, Einkommens- und Vermögensverteilung, Massnahmen der Gewerkschaften
ReferentInnen: David Gallusser (Ökonom), Danièle Lenzin (Unia)

Gesund bleiben am Arbeitsplatz: Aufbauseminar D2.2.1807

13./14.3.2018, RomeroHaus, Luzern
Gesundheitsrisiken am Arbeitsplatz erkennen und beheben

ReferentInnen: Daniela Biberstein (Ergonomistin), Samuel Woodtli (Gesundheitsschutzfachmann)

Aufbaukurs für Mitglieder von Stiftungsräten und Vorsorgekommissionen D1.8.1803

21./22.3.2018, Hotel FloraAlpina, Vitznau
Jahresrechnung, Risikofähigkeit, Anlageorganisation BVV 2, Teilliquidation, Zusammenhang technischer Zins und Umwandlungssatz, Sanierung und Unterdeckung, Risikomanagement
Referenten: Sabino di Mambro (eidg. dipl. Pensionskassenleiter), Urban Hodel (PK-Netz), Jorge Serra (VPOD)

Die Anmeldung erfolgt online www.movendo.ch, per Mail info@movendo.ch oder per Telefon 031 370 00 70

AGENDA 2018

3. FEBRUAR
Tagung Wirtschaftskonzept, Bern

24. FEBRUAR
Delegiertenversammlung, Altdorf

21. APRIL
Mitgliederkonferenz SP60+, Bern

18. MAI
«Die Fraktion lädt ein», Bern

23. JUNI
Delegiertenversammlung

1./2. DEZEMBER
Parteitag

KURSPROGRAMM 2018

Die Digitalisierung ist in aller Munde, aber welche Folgen hat sie für die Arbeitswelt und somit für die Arbeitnehmenden? Wie geht es im Bundeshaus zu und her, und wie wirken sich Fake News auf Medienwelt und Wahlverhalten aus? Diese und weitere interessante Fragen werden in den Movendo-Kursen erörtert und diskutiert. Daneben werden Kurse zu praktischen Themen in den Bereichen Kommunikation, Sozialversicherungen und Arbeitsinstrumente angeboten. Mitglieder, die sich in Vorständen, Gruppen, Kommissionen, Stiftungsräten, Personalkommissionen oder als Vertrauensleute engagieren, finden entsprechende Kurse im Programm, die ihnen ihre Aufgaben erleichtern.

Passt einfach kein ausgeschriebener Kurs, organisiert Movendo massgeschneiderte Weiterbildungen im Auftrag. Wir klären die Wünsche und Bedürfnisse sorgfältig ab und konzipieren ein passendes Angebot für die jeweilige Zielgruppe, Sektion oder Kantonalpartei. Movendo verfügt über ein professionelles Team, das Seminare, Kurse, Workshops und Tagungen plant, organisiert, durchführt und evaluiert. Movendo ist das Bildungsinstitut der Gewerkschaften, es pflegt aber eine langjährige, enge Zusammenarbeit mit der SP und freut sich über Anmeldungen von aktiven und interessierten Parteimitgliedern. Wer Gewerkschaftsmitglied ist, erhält das Programm automatisch. Zusätzliche Kursprogramme in deutscher und französischer Sprache können im Sekretariat bestellt werden.

MACHINES

“A poetic, humanistic look at a sweatshop”
The Rolling Stone

A FILM BY RAHUL JAIN

AB 25. JANUAR IM KINO



SP-Bildungstagung

DIE MÄR VON DER CHANGENGERECHTIGKEIT

Freitag, 23. März 2018 | 8.45 – 16.10 Uhr
Bundeshaus Bern | Konferenzzimmer 301

PROGRAMM

- Ab 8.45 Kaffee und Gipfeli
- 9.15 **Begrüssung und Einführung: Matthias Aebischer** und **Mathias Reynard**, Nationalräte SP
- 9.30 **Referat Jukka Gustafsson**, Mitglied des finnischen Parlaments für die SP; ehemaliger finnischer Bildungsminister: «**Wie erreicht man Chancengerechtigkeit? Erfahrungen aus Finnland**». Anschliessend Diskussion
- 10.30 **Referat Margrit Stamm**, Professorin für Erziehungswissenschaften: «**Herkunft zensiert – Handlungsbedarf bei der Chancengerechtigkeit auf allen Stufen**». Anschliessend Diskussion
- 11.30 **Vorstellen der Themen des Nachmittags mit Kurzinputs von**
- **Marianne Zogmal**, Vizepräsidentin Pro Enfance
 - **Monika Maire-Hefti**, Regierungsrätin SP NE
 - **Georges Felouzis**, Professor für Soziologie der Bildungspolitik Universität Genf
 - **Samuel Rohrbach**, Präsident Syndicat des Enseignants Romands SER
- 12.00 **Mittagessen und Möglichkeit zu Austausch und Vernetzung**
- 13.00 **Start von Diskussionen in vier Workshops**
1. **Frühe Förderung:** Wieso ist frühe Förderung wichtig? Wo besteht Handlungsbedarf? Wie erreicht man alle Kinder? **Kurzinput von Marianne Zogmal**, anschliessend Diskussion
 2. **Kitas und Tagesschulen:** Die SP will gute öffentliche Betreuungsangebote und Tagesschulen für alle Kinder. Warum ist das wichtig? **Kurzinput von Monika Maire-Hefti**, anschliessend Diskussion
 3. **Chancengerechtigkeit:** Was braucht es, damit Integration und chancengerechte Förderung des Potentials bei allen Kindern gelingen? **Kurzinput von George Felouzis**, anschliessend Diskussion
 4. **Situation Lehrkräfte:** Ohne motivierte Lehrkräfte gibt es keine gute Bildung. Was sind die Herausforderungen? Wo braucht es Unterstützung? **Kurzinput von Samuel Rohrbach**, anschliessend Diskussion
- 14.30 **Präsentation der Erkenntnisse aus den Workshops und Diskussion im Plenum**
- 15.50 – 16.10 **Schlussfolgerungen und Massnahmen: Matthias Aebischer** und **Mathias Reynard**

Anmeldung: www.spschweiz.ch/bildungstagung

Kosten: Fr. 70.— inklusive Mittagessen (Fr. 35.— für wenig Verdienende)

Sprachen: Im Plenum Übersetzung D-F und F-D. In den Workshops teilweise Übersetzung.

Für Fragen oder Rückmeldungen: chantal.gahlinger@spschweiz.ch

